



„Die Thüringer CDU sollte sich in der Opposition erholen“

Zum Abschluss der fünften Legislaturperiode des Thüringer Landtags hatte Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht in der Plenarsitzung am 17. Juli eine Regierungserklärung abgegeben, Überschrift: „Bilanz 2009 bis 2014 – gemeinsam erfolgreich“. In seiner Erwidrung kommt LINKE-Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow zu dem Schluss: „Die CDU sollte sich in der Opposition erholen.“

„Die letzten fünf Jahre gehören zu den erfolgreichsten Jahren seit der Wiedervereinigung“, so lautete das Fazit von Frau Lieberknecht. Thüringen stehe heute stärker, innovativer, nachhaltiger, sozialer und weltoffener da.

Die Arbeit der Landesregierung müsse an den Realitäten gemessen werden, betonte Bodo Ramelow: „Sie haben die Schulden einfach verlagert auf die kommunale Ebene. An diesem Tag, an dem Sie so wohlfeil über das Land gesprochen haben, haben 400 Gemeinden, das heißt, jede zweite Gemeinde in Thüringen, keinen beschlossenen Haushalt. (...)“

200 Gemeinden in Thüringen, Frau Ministerpräsidentin, haben alle Rücklagen verbraucht. Das heißt, jede vierte Gemeinde in Thüringen hat keine Rücklagen mehr. 400 Gemeinden in Thüringen mussten 2013 den Haushalt ausgleichen, indem sie die letzten Rücklagen verbraucht haben. Das heißt, wir fahren das gesamte demokratische System völlig auf Verschleiß, damit Sie im Wahlkampf sagen können, Sie haben keine Schulden gemacht.

Bodo Ramelow: „Den Rest lassen Sie vor die Hunde gehen“

Und dann, werter Frau Ministerpräsidentin, sagen Sie gestern beim Landkeisstag voller Stolz und Empathie: ‚17 Freunde müsst ihr sein, 17 Landkreise sein, der Garant für den Erfolg in Thüringen‘, und reden kein Wort darüber, wie es dann mit Eisenach weitergeht, wie es mit Suhl weitergeht, wie es mit der Kreisfreiheit weitergeht. (...) Ja, Sie haben sich um die Landkreise gekümmert, soweit die Ihr Parteibuch haben, den Rest lassen Sie faktisch vor die Hunde gehen.“

Unterbrochen von zahlreichen Zwischenrufen aus der Ministerbank fuhr Bodo Ramelow schließlich fort: „Wir waren beim Thema kommunale Demokratie, weil es für mich ein Demokratiethema ist. Es ist ein wirtschaftspolitisches Thema, es ist ein Regionalentwicklungsthema und es ist ein demokratiepolitisches Thema. Und dazu ge-

hört auch, ein Gesetzeswerk, das Ihre Regierung in Ihrer Amtszeit auf den Weg gebracht hat: Straßenausbaubeiträge. Sie haben gesagt, es wäre eine Beruhigung durch Ihr Regierungshandeln erfolgt. (...) Hier werden Gemeinden mit der Keule eines Landesgesetzes gezwungen, gegen die Bürger 240 Millionen Euro einzutreiben. Sie haben das so organisiert - und das, Herr Geibert, nehme ich Ihnen übel -, dass es erst nach der Landtagswahl vollzogen werden soll. (...) Wie kann denn Ruhe eintreten, wenn Straßen, die im vorigen Jahrtausend gebaut worden sind, von den Bürgern jetzt bezahlt werden sollen? Und die Gemeinden müssen es



durchsetzen, die in Haushaltsnotlage sind. Dann sagen die Bürger, es war unser Gemeinderat. Und der kann gar nichts dafür. Der wird gesetzlich gezwungen, durch Ihr Handeln. Deswegen, liebe Frau Lieberknecht, Ruhe ist hier überhaupt nicht eingetreten. (...)“

Als Frau Lieberknecht erneut dazwischenrief reagierte Bodo Ramelow: „Was sagen Sie da, bitte? Das macht mich fassungslos. Also, wenn das die Haltung der Regierung ist, es ist egal, was wir für ein Gesetz machen, wir beschließen Gesetzesuntreue und sagen, wir preisen schon die Gesetzesuntreue ein. Was ist denn das, Frau Ministerpräsidentin? Da kann ich nur sagen, Sie haben fertig. Da muss man wirklich sagen, eine solche Grundhaltung gegenüber den Bürgern ist so unerträglich, dass man Gesetze schafft, bei denen man sagt, die Unterlagen zu den Gesetzen sind nicht mehr vorhanden, sie existieren gar nicht mehr. Aber die Gemeinden sollen es vollziehen und die sollen den Beitragsbescheid erlassen. Und die Bürger müssen dagegen klagen. Und erst im Klageweg kann man dann sagen, wir stoppen das. Das hätte die Regierung stoppen können und wir hätten es als Parlament stoppen müssen. Deswegen, meine Damen

und Herren, auch das Thema „Straßenausbaubeiträge“ ist eine Katastrophe, die Ihre Regierung zu verantworten hat.“

„Das ist das Schlusslicht aller Löhne in Deutschland“

Einen weiteren Bereich sprach der Oppositionsführer an: „Das Thema Wirtschaft. Sie haben hier vorgetragen, wie wunderbar dieses Land sich entwickelt hat. Ich bin begeistert. Ich habe einmal nachgeschaut: 15,08 Euro Brutto-Stundenlohn, den im Durchschnitt in Thüringen jeder Arbeitnehmer verdient. Das ist, werter Frau Ministerpräsidentin, das Schlusslicht aller Löhne in Deutschland. Wie Sie daraus die höchste Dynamik ableiten können (...) Wenn das die Haltung ist, dass wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir in Thüringen 35 Prozent aller Beschäftigten als prekär beschäftigt haben, prekär heißt zeitlich befristet, niedriger Lohn, Aufstocker. Sehr geehrte Frau

Ministerpräsidentin, zufrieden mit einem Arbeitsplatz ist das eine, die Frage der Entlohnung und der Lebensperspektive das andere. Deswegen bedrückt es mich, dass 22 Prozent aller Unternehmen in Thüringen nur noch tariflich gebunden sind. Das heißt: 78 Prozent aller Betriebe in Thüringen sind nicht mehr tarifvertraglich geregelt. Und da erwarte ich, dass eine Landesregierung deutliche Sprache spricht. Wenn man das Hohelied auf die Tarifautonomie singt, muss man auch deutlich machen, dass man sie in den Vordergrund stellt und dass Betriebe, die angeworben werden, auch danach angeworben werden, ob sie einen Tarifvertrag einhalten.“

Wo ist der Masterplan für die Energiewende?

Voller Stolz habe die Ministerpräsidentin die Energiewende genannt, so der LINKE-Politiker. Er aber habe den Masterplan für die Energiewende für Thüringen vermisst: „Ein einheitliches Handeln, dass alle Ministerien und alle nachgeordneten Dienststellen und Behörden daran arbeiten, dass Energieproduktion die Wertschöpfung in Thüringen lässt und jede Region so viel

Energie und Wärme selber produziert, wie sie verbraucht, das wäre die Herangehensweise, die ich mir gewünscht hätte.“ Bodo Ramelow ging auf die Diskussionen zum Bau eines Pumpspeicherschalwasser ein. Da schreibe die Thüringer CDU aus populistischen Gründen in ihrem Wahlprogramm, sie wolle kein Pumpspeicherverk, also auch keinen Investor, der über eine Milliarde Euro nach Thüringen bringen will - „wie gehen Sie denn mit Investoren um? Wie gehen Sie denn mit Zukunft um?“ Ja, das Projekt sei umstritten und es müsse gründlich darüber geredet werden. Daher finde er den Vorschlag der Grünen sehr sympathisch: „Eine Volksabstimmung in Thüringen, damit man sagt, wenn wir denn über Fernwasserpreise und über Pumpspeicherverke reden wollten, dann soll das Volk, dann soll der Souverän entscheiden.“

„Man sollte Ihnen den Heiligen Sankt Florian verleihen“

„Aber was Sie machen, Sie sagen der Geschäftsführung von Trianel im persönlichen Gespräch, nehmt das nicht so ernst, was im Wahlprogramm steht, das wird ja doch nicht umgesetzt oder jedenfalls nicht ganz. Aber in der Zwischenzeit sagt Trianel, auf der Basis kann man politisch als Investor nicht arbeiten. Da sage ich: Ja, wer die Energiewende will, muss mit Schmalwasser ein vernünftiges Projekt haben, muss aus der stillgelegten Trinkwassersperre ein Energiezentrum machen, damit Geld verdient wird und auch damit der Fernwasserpreis reduziert wird. Die Bürger in Thüringen haben ein Recht darauf, dass der Fernwasserpreis deutlich gesenkt wird. Wir haben das höchste Trinkwasserdargebot aller Bundesländer und den höchsten Wasserpreis. Den Widerspruch erklären Sie mir bitte mal. Ich verstehe ihn nicht, die Bürger verstehen ihn nicht, die Industrie und die Wirtschaft verstehen ihn nicht, das ist ein Standortnachteil. Da kann ich nur sagen: Vielen Dank CDU. 24 Jahre haben Sie hier die Richtlinienkompetenz gehabt.

Es bleibt übrig der höchste Schuldenberg - vielen Dank CDU - und es bleibt übrig eine zertrümmerte Energielandschaft, bei der Investoren vor das Land gejagt werden, weil Sie in billigem Populismus...kein Wind im Wald, keine HGÜ-Leitung, wenigstens nicht in Thüringen, Hauptsache sie kommt in Sachsen. Man sollte Ihnen den Heiligen Sankt Florian verleihen, liebe Frau Ministerpräsidentin.“

(siehe auch S.6) ■

Gemeinsam Zeichen gesetzt gegen den braunen Ungeist

Demokratischen Widerspruch einlegen gegen die menschenverachtende Ideologie der neonazistischen NPD, aktiv für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen eintreten“, so heißt es im gemeinsamen Aufruf der fünf Landtagsfraktionen und dafür standen auch die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion vor und im Thüringer Landtag am Vormittag des 17. Juli.

Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow hatte in der gleichzeitig stattfindenden Aussprache zur Regierungserklärung die dazu herrschende Einigkeit im Landtag betont und gewürdigt, wie wichtig es ist, Gesicht zu zeigen gegen jene, „die offenkundig die parlamentarische Demokratie mit Füßen treten wollen“. Ausdrücklich dankte er der Ministerpräsidentin, die sich gleich zu Beginn ihrer Amtszeit dafür eingesetzt hatte, „gemeinsam Zeichen zu setzen gegen den braunen Ungeist“.

Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags „Rechtsextremismus ohne Chance in unserer demokratischen Kultur“:

Der Thüringer Landtag wendet sich gemeinschaftlich gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am heutigen Donnerstag (17.07.2014) vor dem Landtagsgebäude. Die Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen stehen für ein weltoffenes Thüringen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein,

dass die NPD niemals in den Thüringer Landtag einziehen wird. Alle demokratischen Parteien im Thüringer Landtag werden sich durch den NPD-Aufmarsch nicht davon abhalten lassen, in der politischen Debatte nach vernünftigen Problemlösungen zu suchen.

Die NPD richtet sich mit ihrer Ideologie und Demagogie gegen Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und eine Politik im Interesse aller Menschen. Das umzusetzen, wird ihr nicht gelingen – weder heute noch in Zukunft. Dafür werden sich alle Fraktionen im Thüringer Landtag einsetzen. Angesichts des angekündigten Aufmarschs wollen wir – Parlamentarier aller Fraktionen – ein Zeichen setzen.

Wir wollen demokratischen Widerspruch einlegen gegen die menschenverachtende Ideologie der neonazistischen NPD. Wir wollen aktiv für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen eintreten, weil wir uns bewusst sind: Rechtsextremismus ist keine Kinderkrankheit, die von selbst vergeht. In den Programmen der NPD sind Menschenverachtung, Rassismus sowie Nationalismus und deren aggressive Parolen zu erkennen, die schon immer das Denken neonazistischer Strukturen prägten. Diese NPD darf niemals eine politische Wirkungsmacht entfalten oder in den Landtag einziehen, um diesen als Bühne für ihre autoritären Ideen, Unwahrheiten, Verzerrungen und populistischen Forderungen zu benutzen. Dafür treten wir gemeinsam ein. Das große strategische Ziel der NPD ist nichts anderes

als die Abschaffung der Demokratie und die Überwindung der universellen und unteilbaren Menschenrechte als Grundlage unseres Zusammenlebens. Wenn NPD-Anhänger alte Vorurteile und Feindbilder beschwören, Kampa-

ben sich schon zu Beginn der 5. Legislaturperiode in einer gemeinsamen Erklärung, die in der konstituierenden Sitzung am 29. September 2009 beschlossen wurde, zu einem demokratischen, toleranten und weltoffenen Thü-



Gemeinsam mit anderen gegen braunen Ungeist engagierten Bürgerinnen und Bürgern, unter ihnen zahlreiche junge Leute, waren es vor allem auch Abgeordnete aus den Fraktionen der LINKEN, der Grünen und der SPD, an denen die Vertreter der neonazistischen NPD, die am 17. Juli demonstrierend zur Plenardebatte zur Regierungserklärung auf die Besuchertribüne in den Landtag wollten, nicht vorbei kamen.

gnen gegen die vermeintliche Überfremdung unseres Landes anzetteln, den Holocaust leugnen, die Deutschen als Opfer der Globalisierung und der EU stilisieren, dann ist es unsere Aufgabe, dem entgegenzutreten. Alle Fraktionen des Thüringer Landtags ha-

ringen bekannt. Wie schon 2011 und 2012 wollen Rechtsextremisten vor dem Landtag mit ihren demagogischen Parolen jene Werte in Frage stellen, die für unser Gemeinwesen konstitutiv sind. Das werden wir nicht unwidersprochen zulassen. ■

„Aber Sie sind nicht an den Problemen der Menschen dran“

In der Aussprache zur Regierungserklärung am 17. Juli im Thüringer Landtag ergriff auch die LINKE Abgeordnete und Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow das Wort. Sie sagte u.a.: „Und wenn Sie von Generationengerechtigkeit sprechen, da wünsche ich mir für unsere Generation und die uns folgenden nicht die Schuldenbremse. Ich wünsche mir, dass wir anfangen, ein Bildungssystem aufzubauen, was qualitativ hochwertig ist und jeden mitnimmt. Ich möchte, dass jeder von seiner Arbeit leben kann, und ich möchte es generationengerecht auch verstanden haben, dass wir einen sozialen ökologischen Umbau schaffen und nicht Versprechen machen, die Sie überhaupt nicht halten können.“

Und da bin ich schon beim ersten großen Punkt, Bildungspolitik. Bei Kindern mit hohem sozioökonomischen Status wissen wir, sie gehen seltener zur Hauptschule, jedoch dreimal so viel auf das Gymnasium. Was will ich damit sagen? Wir haben nach wie vor eine soziale Auslese im Schulsystem, die seinesgleichen sucht. Und Sie halten an der Dreigliedrigkeit des Schulsystems fest, was genau diesen Zustand

weiter befördert. Was machen Sie stattdessen? Themen wie Schreibrückmeldung. Darf ich Sie daran erinnern, dass es Ihr CDU-Minister war, der 2004 dem Kultusministerkonferenzbeschluss zugestimmt hat, eine gut lesbare Handschrift flüssig schreiben zu können für alle Schüler? Es war Ihr Minister. Und jetzt machen Sie einen Popanz auf, um populistisch die Wähler zu überzeugen, aber Sie sind nicht an den Problemen der Menschen dran.

Wenn wir darüber reden, gute Bedingungen von Anfang an – ja, wir haben es gemeinsam geschafft, mehr Kita-Erzieherinnen einzustellen. Aber es geht noch um mehr. Wir sind im Moment bei 16 Kindern auf eine Erzieherin. Die EU-Norm sagt fünf bis acht je Erzieherin maximal. Das heißt, es ist hervorragend, dass wir uns gemeinsam verständigt haben und über 2.000 Erzieherinnen eingestellt haben, aber es reicht nicht. Um gute Bildung von Anfang an zu gewährleisten, müssen wir weitergehen.“

Und da der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in der teilweise nicht gerade durch hohe Sachlichkeit gekennzeichneten Debatte den LINKE-Bun-

destagsabgeordneten Ralph Lenkert angegriffen und unterstellt hatte, DIE LINKE wolle alle Gymnasien abschaffen, ging darauf für die Linksfraktion auch nochmal Tilo Kummer ein: „Herr Barth, Sie wissen ganz genau, dass längeres gemeinsames Lernen, wie wir es meinen und wie es viele andere hier im Haus meinen, einen anderen Hintergrund hat. Da geht es nämlich nicht um die Abschaffung von Gymnasien, sondern um längeres gemeinsames Lernen mit einem späteren Übergang ans Gymnasium. Das ist der Punkt.“

Dagegen muss man sich wehren

Außerdem, und das sei vor allem sein Anliegen, betonte Tilo Kummer: „Die allergrößte Last für die Zukunft, damit werden wir uns heute oder morgen noch beschäftigen, ist die Altlastenfrage: Zu Beginn dieser Legislatur sind wir im Umweltausschuss aus allen Wolken gefallen, als Kali+Salz uns mitgeteilt hat, dass noch zwei Milliarden Euro Investitionen in Altlasten aus dem DDR-Kalibergbau auflaufen könnten. Vor dem Verwaltungsgericht in Meiningen haben sie diese Zahl inzwischen

auf 4,6 Milliarden Euro korrigiert. Wenn man sich das Verfahren um die Werra-Versalzung, das Vertragsverletzungsverfahren der EU, ansieht und wie hilflos diese Landesregierung dort agiert, um diesem Konzern mal Grenzen aufzuzeigen, dann gehen die davon aus, dass ihren Forderungen in alle Ewigkeit Rechnung getragen wird.“

(Zwischenruf von Minister Christian Carius, CDU: Unsinn.)

Herr Carius, das ist kein Unsinn. Obwohl Thüringen gesagt hat, es darf keine weitere Versenkerlaubnis geben, ist sie natürlich vom Regierungspräsidium Kassel erteilt worden und der EU wird versucht, in dieser Hinsicht etwas vorzumachen. Thüringen hat keine Schritte dagegen unternommen, um hier Hessen zu sagen, so geht es nicht weiter. Dieser Konzern ist es natürlich gewohnt, alle Genehmigungen zu bekommen. Ich habe die Befürchtung, dass sie mit der Vertragsgestaltung, die wir hier im Moment haben, versuchen werden, das Maximum rauszuholen. Dagegen muss man sich wehren, da hilft kein hilfloses Agieren.“ ■

Wichtige Schulfragen wurden nicht angegangen

Trotz steigender Schülerzahlen an den Regelschulen 1.300 Lehrerstellen abgebaut

Zum Schuljahresende sowie Schluss der regierenden Koalition in Thüringen konstatierte die Linksfraktion, dass durch CDU und SPD trotz anders lautender Verkündungen wichtige Probleme im Schulbereich nicht angegangen wurden. Bei einem Pressegespräch verwies Susanne Hennig-Wellsow, Sprecherin für Bildungspolitik und LINKE-Landesvorsitzende, auf den großen Bedarf an Lehrerneueinstellungen sowie den weiter angewachsenen Unterrichtsausfall an den Thüringer Schulen.

So sollten laut Koalitionsvertrag der regierenden Thüringer CDU/SPD-Koalition 2.500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden, die reale Zahl liege bei 1.200, betonte die Abgeordnete. Der Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen werde mit vier Prozent offiziell angegeben, befinde sich aber mit Blick auf die mangelnde fachgerechte Unterrichtsvertretung bei mindestens acht Prozent.

Dass die Gemeinschaftsschulen im Thüringer Schulgesetz verankert wurden, bezeichnete die LINKE Politikerin als richtig und zukunftsweisend, allerdings gebe es bisher laut offizieller Statistik unter den 812 staatlichen Schulen lediglich 22 Gemeinschaftsschulen, dazu elf unter den freien Trägern, „das muss deutlich ausgebaut werden“, sagte Susanne Hennig-Wellsow und betonte das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens. Ein Festhalten an der frühen Trennung der Kinder bereits nach Klasse Vier sei rückwärtsgerichtet und entspreche auch nicht dem Elternwillen, denn laut Umfragen seien mehr als Dreiviertel dagegen. Mit Verweis auf den Thüringer Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) und sein Agieren, bezeichnete ihn der Gewerkschafter Torsten Wolf, Direktkandidat der LINKEN zu den Landtagswahlen im Jenaer Wahlkreis 37 (wo übr-

gens auch Matschie kandidiert) „mehr als einen Finanz-, denn einen Bildungsminister“.

Allein im Regelschulbereich wurden seit dem Schuljahr 2008/09 fast 1.300 Lehrerstellen abgebaut, während gleichzeitig die Schülerzahl um mehr als sieben Prozent angestiegen ist. Unter der regierenden Koalition sei der Aufbau einer inklusiven Schule als Sparmodell betrieben worden, an den Förderschulen wurden über 17 Prozent der Lehrkräfte abgebaut. Hier könne der Bedarf nicht einmal ansatzweise gedeckt werden, so Torsten Wolf weiter. CD und SPD seien zudem die Antwort schuldig geblieben, „wie der Bedarf an 250 Förderschullehrern in der nächsten zwei Jahre gedeckt werden kann, wenn derzeit nur 87 Förderpädagogen ausgebildet werden. Ebenso findet eine inklusive Lehrerbildung nicht statt“. Wolf forderte: „Schluss mit dem Personalabbau und Aufbau einer Personalreserve von 700 Stellen.“

Die Thüringer Schulen brauchen dringend personelle Verstärkung, sonst können sie ihrem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden. Und: Thüringer Schulpolitik aus einem Guss kann die SPD künftig nur mit der LINKEN.“

Hinzu komme, so der schulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Dirk Möller, ein unter der regierenden Koalition weiter angewachsener Sanierungsstau an den Thüringer Schulen mit einem Finanzierungsbedarf von etwa 400 Millionen Euro. Der Abgeordnete verweist auf den kürzlich von seiner Fraktion im Landtag gestellten Antrag, jährlich 50 Millionen Euro für Schulsanierungen in den Landeshaushalt einzustellen, ab dem Jahr 2016 müsste der Kommunale Finanzausgleich so gestaltet werden, dass die Kommunen in der Lage seien, die notwendigen Investitionen an den Schulgebäuden vorzunehmen.

Annette Rudolph



Während des Pressegesprächs in der Landtagsfraktion DIE LINKE anlässlich des Schuljahresendes und zur Bilanz der Schulpolitik der CDU/SPD-Koalition in Thüringen (v.r.): Torsten Wolf, Susanne Hennig-Wellsow, Dirk Möller.

VON A BIS Z:

Branchentarifvertrag

Anlässlich der gescheiterten Verhandlungen zu einem Branchentarifvertrag im Gastgewerbe erklärte MdL Ina Leukefeld, sie könne es sehr gut nachvollziehen, dass die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten nicht bereit war, einen Branchentarifvertrag zu unterzeichnen, der bestehende höhere Tarifverträge in der Branche unterlaufen hätte. „Auch die Arbeitgeberseite muss endlich verstehen, dass ein Tarifvertrag nur noch dann Sinn macht, wenn er über dem Mindestlohn liegt, anstatt diesen auszuhebeln.“ Es sei unverständlich, dass die Thüringer DEHOGA über Fachkräftemangel klagt, aber weiter an der Niedriglohnschraube dreht: „Thüringen kann sich niedrige Löhne schon lange nicht mehr leisten. Sie entwerten die geleistete Arbeit der Menschen und sind in einer Zeit knapper Fachkräfte schlicht ein Standortnachteil. Gerade im Gastgewerbe und Tourismus reden wir von einer Minijobquote von 44 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse.“

Die Abgeordnete hat jedoch auch bei Gesprächen in ihrem Wahlkreis in Suhl von Unternehmern des Gastgewerbes gehört, dass sie sehr wohl bereit sind, 8,50 Euro zu zahlen. „Sie werden, so die klare Ankündigung mir gegenüber, in der Folge des Mindestlohns sogar mehr feste Vollzeitjobs schaffen, statt weiterhin vorrangig auf Minijobs zu setzen. Dies belegt eindeutig, dass ein Mindestlohn ein wichtiger Beitrag zu guter Arbeit in Thüringen sein kann und wird.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagsondersitzung:

Vor dem Ende dieser Legislatur kommt der Thüringer Landtag zu einer außerplanmäßigen Sondersitzung zusammen. Anlass ist die Vorlage des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Hintergründe des neonazistischen NSU-Terrors. Die Sondersitzung findet am Freitag, den 22. August, statt und beginnt um 10.00 Uhr.

Die Sondersitzung wird im Internet per Livestream übertragen auf der Web-Seite der Linksfraktion sowie im Informationsdienst des Thüringer Landtags: www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:
www.die-linke-thl.de

Tierschutz

Anlässlich der erneuten entsetzlichen Tierschutzverstöße in der Schweinemastanlage in Thiemendorf - das Landeskriminalamt hatte mitgeteilt, dass elf Sauen getötet werden mussten, weil sie schwer verletzt waren - forderte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright die Landesregierung nachdrücklich auf, die Ankündigung einer Intensivierung der Fachaufsicht „endlich in die Tat umzusetzen, damit solche schweren kriminellen Delikte an Tieren erst gar nicht stattfinden“. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion hat dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht. „Wir verlangen Antworten auf Fragen, wie die Landesregierung offensichtliche Defizite im Überwachungssystem beseitigen wird.“

Kita-Finanzierung

„Wir begrüßen die Feststellung aus der Bertelsmann-Studie, dass die Qualität frühkindlicher Bildung durch die Einstellung von mehr Erzieherinnen auch schon im Krippenbereich verbessert werden muss“, sagte MdL Margit Jung. Da Kindergärten Bildungseinrichtungen sind, geht DIE LINKE davon aus, dass dies ohne Erhöhung der Elterngebühren möglich sein muss. Die Zuschüsse für Kitas müssten wieder zweckgebunden und unmittelbar ausgereicht werden. Und es müsse „endlich eine Drittelfinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen geben. Nachdem der Bund den Ausbau der Kitas mitfinanziert hat, ist es an der Zeit, dass er sich für die Verbesserung der Qualität engagiert.“

Arbeitslosenparlament

Zu seiner 35. Sitzung kommt das Thüringer Arbeitslosenparlament am Dienstag, den 19. August, in der Zeit von 9.30 Uhr bis 14 Uhr im Thüringer Landtag (Raum F 101) in Erfurt zusammen. Vorgelegt wird der Bericht der Parität zur regionalen Armutsentwicklung mit dem Titel „Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe“.

Vorgesehen ist auch eine Befragung von Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Thüringen am 14. September. Zum Abschluss dieses Plenums des Arbeitslosenparlaments gibt es eine Diskussion zur allgemeinen und arbeitsmarktpolitischen Lage, zudem ist vorgesehen, die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl zu verabschieden.

KURZ UND PRÄGNANT

Zum Vogel-Interview

Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel behauptete in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen (v. 28.7.), der Kalifusionsvertrag hätte ihm in Wahrheit seiner Aufsichtspflicht nicht vorgelegt werden müssen. Dazu Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion: „Seine Gewissheit, die Treuhand würde zweckgebundene Mittel für den Aufbau Ost zur Sanierung eines Westkonzerns umwidmen, hätte ihn veranlassen müssen, die Herausgabe des Vertrages zu fordern!“ Vogel war als Ministerpräsident Thüringens Mitglied im Verwaltungsrat der Treuhand. „Es ist kaum zu glauben, dass er nicht wusste, dass ein Mitglied eines solchen Aufsichtsgremiums persönliche Verantwortung für das rechtskonforme Handeln der Gesellschaft trägt.“ Auch die im Vertrag geregelte Verlustübernahme durch die Treuhand bei gleichzeitiger Vereinbarung, dass die Gewinne aus Untertagedeponien zu 95 Prozent an die neu gegründete K+S GmbH gehen, hätte einer rechtlichen Überprüfung wohl kaum standgehalten. „Warum hat Dr. Vogel nicht rechtliche Schritte eingeleitet, warum ist er nicht aus dem Aufsichtsgremium ausgetreten, da wäre die Treuhand ganz anders unter Druck geraten, der Steuerzahler hätte viele Millionen gespart und eine Übernahme des Kaliwerks durch den Unternehmer Peine wäre vielleicht noch möglich gewesen. Mit seinem Verbleiben im Verwaltungsrat und der Thüringer Enthaltung zur Kalifusion ohne Vertragskenntnis, muss Dr. Vogel auch Verantwortung für das Vorgehen der Treuhand übernehmen!“, so Tilo Kummer. ■

Erneuter Anschlag

Innerhalb von sieben Monaten wurden am 24. Juli zum zweiten Mal das Wahlkreisbüro in Eisenach angegriffen und dabei die Scheiben beschädigt. Dazu erklärte Maik Nothnagel, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, der dieses Büro führt:

„Auch diese Attacke fügt sich ein in eine ganze Reihe von gewaltsamen Anschlägen gegen Büros von LINKE-Abgeordneten. Solche Aktionen sind nicht hinnehmbar und zu verurteilen. Sie geben einen Einblick, auf welchem aggressivem Wege hier politischer Druck ausgeübt werden soll. Nichtsdestotrotz lasse ich mich davon nicht mundtot machen. Solche Einschüchterungsversuche laufen ins Leere!“ Der Abgeordnete wies darauf hin, dass sich auch sein Name auf der NSU-Namensliste fand, er sich offenkundig im Visier von Neonazis befindet und einem erhöhten Bedrohungspotential ausgesetzt ist. ■

Antwort produziert noch mehr Fragen

Birgit Klaubert nach Regierungs-Antwort zu „Kulturland Thüringen - Bilanz und Ausblick“

Die Antwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion „Kulturland Thüringen – Bilanz und Ausblick“ ist nun doch noch vor der parlamentarischen Sommerpause geliefert worden. „Sie zeigt, dass die Landesregierung fleißig aufschreiben kann. Zur Qualität der Antworten gibt es jedoch viele Anmerkungen zu machen“, konstatierte die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Dr. Birgit Klaubert.

„Noch vor zwei Jahren hatte die Landesregierung kategorisch ausgeschlossen, dass Kultur in einem Kulturförderungsgesetz als Pflichtaufgabe für die Kommunen festgeschrieben wird und jetzt lese ich in den Antworten auf unsere Große Anfrage, dass die Enthebung aus der Freiwilligkeit schon sinnvoll wäre, solange sie finanziell untersetzt sei.

Scheinbar hat das SPD-Ministerium bis jetzt gebraucht, um unseren Ansatz wirklich zu verstehen. Natürlich muss auch eine finanzielle Untersetzung mitgedacht werden, aber zu dieser logi-

schen Schlussfolgerung reichte es offensichtlich beim Erarbeiten des Kulturkonzepts noch nicht“, so Birgit Klaubert weiter. Für DIE LINKE sei ein Kulturförderungsgesetz eines der wichtigsten Instrumente für eine nachhaltige Kulturentwicklung in Thüringen.

Kritisch sieht die Altenburger Kultur-Expertin auch die Einschätzung der Landesregierung zum Thema Kultur- und Kreativwirtschaft. Dies sei eine ressortübergreifende Aufgabe, erläu-



terte die Abgeordnete, das Kultusministerium entziehe sich aber der Verantwortung, indem sie dem Wirtschaftsministerium diesen Bereich fast kom-

plett zugeschrieben habe. „Die Landesregierung hebt den Verwertungseffekt und die wirtschaftlichen Kennzahlen der Kreativwirtschaft hervor und lässt dabei den kulturellen Aspekt völlig außer Acht. Das halte ich für viel zu kurz gedacht“, untermauerte die Kulturpolitikerin ihre Kritik.

Seit Jahren habe sie eine engere Zusammenarbeit zwischen Kultus- und Wirtschaftsministerium für diesen Bereich angemahnt. „Sprachlos gemacht hat mich auch der völlig unkritische Blick der Landesregierung auf die Situation der Theater und Orchester. Das Kultusministerium stellt für diesen Bereich fest, dass sie in der jetzigen Legislaturperiode eine zukunftsfeste, stabile und ausfinanzierte Theater- und Orchesterlandschaft erreicht hätten. Dabei reicht ein Blick nach Eisenach, um zu wissen, dass dies einfach nicht stimmt.“ Birgit Klaubert betonte, sie werde sich weiter intensiv mit den Antworten der Landesregierung beschäftigen und entsprechende Folgerungen ableiten. ■

Ina Leukefeld: „Den Menschen eine Stimme geben“

Es werden jetzt zehn Jahre, dass ich dem Thüringer Landtag angehöre und als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion vertrete. Mein Anliegen war es nie, nur Nein zu sagen. Vielmehr geht es mir darum, die Regierungsarbeit zu kontrollieren und kritisch zu begleiten. Außerdem habe ich namens meiner Fraktion eigene Politikangebote und Vorschläge mit Blickrichtung auf das Thema Gute Arbeit ins Parlament, hier auch in den Wirtschafts- und in den Gleichstellungsausschuss, eingebracht.

Besonders wichtig war mir immer, den Menschen eine Stimme zu geben, die von den Auswirkungen der Bundes- und Landespolitik betroffen sind. Deshalb fanden das Thüringer Arbeitslosenparlament, der Runde Tisch sozialer Verantwortung sowie die vielen Erwerbsloseninitiativen bei mir nicht nur Gehör, sondern aktive Unterstützung.

Themen, wie der Kampf um höhere Löhne, tarifgerechte Bezahlung und Mindestlohn, der Abbau prekärer Beschäftigung, aktive Arbeitsmarktpolitik und die Kontrolle des Einsatzes von Fördermitteln, die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und die kritische Begleitung des Landesarbeitsmarktprogramms standen immer wieder im Mittelpunkt. Mit unseren Gesetzesinitiativen und Anträgen, wie dem Thüringer Vergabegesetz, dem Ladenöffnungsgesetz als Arbeitsschutzgesetz, den Anträgen zur Begegnung des drohenden Fachkräftemangels durch Gute Bildung, Berufsausbildung und Verbes-

serung der Berufsausbildung haben wir deutliche Zeichen gesetzt und unterstützen Gewerkschafter und Mitarbeitervertretungen in ihrem Engagement um faire Arbeitsbedingungen. Die Anhörung zu prekärer Beschäftigung in der Linksfraktion hat uns bestärkt, Schwerpunkte wie „Gesetzliche Mindeststandards für Leiharbeiter verbessern“, „Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt“ im Thüringer Landtag zu thematisieren und Vorschläge für eine Reform des Arbeitsrechts und ein Arbeitsgesetzbuch in die öffentliche Debatte zu bringen.

Als die Bundesregierung das Gesetz zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ auf den Weg brachte, was zu vielen Streichungen und Änderungen der Arbeitsmarktinstrumente und vor allem zu finanziellen Kürzungen führte, haben wir Vorschläge „Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik – ökonomisch, effektiv und sozialintegrativ“ unterbreitet. Während die Regierungsfaktionen vor allem die sinkende Zahl der Erwerbslosen und der Bedarfsgemeinschaften feierten, (ich freue mich darüber auch!) habe ich eine andere Sichtweise in die Debatte gebracht: Die Würde des Menschen ist unantastbar – steht im Grundgesetz.

Da wird nicht unterschieden nach Menschen mit und ohne bezahlter Arbeit. Würde muss für alle gelten und dazu gehört eben auch das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das m. E. für Hartz-IV-Empfänger, insbesondere auch für Kinder, nicht gesichert ist.

Hartz IV macht arm, das ist keine neue Erkenntnis. Das gilt vor allem auch für Alleinerziehende, zunehmend für Ältere und schließt Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung ein.

Immer wieder aufmerksam gemacht haben wir auf die Tatsache, dass viele Menschen im Hartz-IV-System gar nicht arbeitslos sind. 35 Prozent von ihnen sind Aufstocker, deren Lohn so niedrig ist, dass sie davon nicht leben können. Unser jahrelanger Kampf um Mindestlohn statt Lohndumping und die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns war letztlich erfolgreich, auch wenn wir weder mit der Höhe noch mit den vielen Ausnahmen einverstanden sind. Unser Antrag „Faires Praktikum“ zielte übrigens auch darauf, die Arbeit junger Menschen angemessen zu entlohnen.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer sowie in Ost und West muss auch in Zukunft ein wichtiges Thema bleiben. Vieles haben wir zur Sprache gebracht, gefordert, kritisiert. Oft wurden die Vorschläge anerkennend beklatscht, aber aus politischen Gründen, vor allem auch wegen der Koalitionsdisziplin, nicht beschlossen.

Wir haben die Chance, dies zu ändern. Es gibt schon heute im Thüringer Landtag eine Mehrheit von Links. Thüringen muss der Motor für politische Veränderungen sein, sagte Gregor Gysi auf dem Jahresempfang in Erfurt. Gemeinsam mit den Thüringerinnen und Thüringern wollen wir dafür sorgen, dass dies gelingen kann. ■

DAS THEMA

Für kommunale Basisdemokratie

Fachkonferenz 20 Jahre Thüringer Kommunalordnung

Mit einer Fachkonferenz beging die Linksfraktion im Landtag das 20jährige Jubiläum der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO). Am 1. Juni 1994 trat diese in Kraft. Der Jahrestag war ein guter Anlass, eine Erfahrungsbilanz zu ziehen und über die Erfordernisse und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Thüringer Kommunalrechts zu diskutieren.

Mit der ThürKO war die Vorläufige Thüringer Kommunalordnung (VKO) ersetzt worden. Diese basierte im Wesentlichen auf der Kommunalverfassung der DDR, die die Volkskammer am 17. Mai 1990 beschlossen hatte. Während die VKO sehr stark vom Modell der Magistratsverfassung (starke Stellung des Beschlussorgans, mit nachgeordneter Position des Bürgermeisters/Landrates und der Verwal-

daruf verwiesen, dass es in den Kommunen um Basisdemokratie gehe und es sich letztlich um die kleinste Zelle des Zusammenlebens handele. Wesentlichen Reformbedarf sehe er beispielsweise bei der Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. „Wir wollen, dass Kommunen Geld verdienen können und müssen“, betonte Ramelow.

Der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel machte in seinem thematischen Einführungsbeitrag eine zunehmende Entpolitisierung von Kommunalpolitik aus. Aus seiner Sicht wollen Bürgerinnen und Bürger als Partner ernst genommen werden und auf gleicher Augenhöhe in den Dialog treten.

vorbehalts, die Kostenerstattung bei Bürgerbegehren in freier Sammlung und eine Vereinfachung der Unterschriftenleistung. Alles Punkte, die vom Verein Mehr Demokratie e.V. Thüringen maßgeblich in den letzten Jahren immer wieder auf die politische Agenda gesetzt worden sind.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher der Initiative, listete den Forderungskatalog in seinem Redebeitrag detailliert auf und brachte für die kommende Legislaturperiode des Landtages eine Demokratie-Enquetekommission ins Spiel. Der Kommunalwirtschaftsexperte Prof. Dr. Michael Schäfer von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde plädierte zudem für eine erweiterte



Auf der gut besuchten Fachkonferenz der Linksfraktion am 15. Juli im Thüringer Landtag nutzten die Gäste auch immer wieder die Gelegenheit, ihre Meinung, ihre Erfahrungen mit der Kommunalpolitik vor Ort - deren Grenzen und Möglichkeiten - darzulegen. Besonders plastisch wurde dies bei der abschließenden Podiumsdiskussion: Wie weiter mit dem Thüringer Kommunalrecht?



zung) geprägt war, ist die ThürKO nach dem süddeutschen Ratsmodell ausgerichtet (starke Stellung des Bürgermeisters bzw. Landrates).

Eingangs der Fachkonferenz bot Udo Moewes von der Juristischen Fakultät der Uni Potsdam einen historischen Abriss der Entwicklung des Kommunalrechts, angefangen in der DDR bis zur Verabschiedung der Thüringer Kommunalordnung in den 1990er Jahren, die im Wesentlichen bis zum heutigen Zeitpunkt Bestand hat. Im Mittelpunkt der Diskussion standen insbesondere Möglichkeiten der Demokratisierung der Kommunalpolitik. Letztlich kam man aber auch bei diesem Thema nicht an den klammen Finanzen der Kommunen in Thüringen vorbei.

Ramelow: „Kommunen sollen Geld verdienen können“

„In der Zeit, wo kein Geld da ist, ist das alles nichts wert“, musste Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf (DIE LINKE) in ihrem Diskussionsbeitrag nüchtern feststellen. Sie verwies auf zahlreiche Beispiele in der Wartburgstadt, bei denen aufgrund der finanziellen Not beispielsweise durch das Konstruieren von Pflichtaufgaben der Stadtrat entmachtet wird und somit die kommunale Demokratie Schaden nimmt. Deshalb müsse die Finanzausstattung der Kommunen so gestaltet werden, damit Demokratie überhaupt gelebt werden könne. Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, hatte zuvor in seiner Eröffnungsrede

Dieser Herausforderung habe sich seine Fraktion gestellt und deshalb im Frühjahr dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Demokratisierung der Kommunalpolitik vorgelegt, welcher nunmehr in den Ausschüssen des Landtags behandelt wird. Insbesondere die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner sollen durch das Gesetz gestärkt werden.

Dazu wird u.a. die Einführung einer pflichtigen Einwohnerfragestunde und eines kommunalen Petitionsrechts wie auch die Möglichkeit der Abwahl des Bürgermeisters durch ein Bürgerbegehren vorgeschlagen. Hinzu kommen wesentliche Erleichterungen von Bürgerbegehren beispielsweise durch die Streichung des sogenannten Abgaben-

Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger beim Umgang mit dem kommunalen Eigentum. Zugleich machte er aber deutlich, dass im Gegensatz zur Privatwirtschaft die kommunalen Wirtschaftsbetriebe zumindest halbwegs demokratisch kontrolliert seien.

Das Abschlusspodium bewegte sich dann nochmals in dem Spannungsfeld zwischen theoretischen Schritten der Demokratisierung der Kommunalpolitik und deren praktischer Umsetzung im kommunalen Alltag. Für Frank Kuschel steht in diesem Zusammenhang fest: „Nur die bloße Möglichkeit der Bürgerbeteiligung wirkt und beeinflusst das kommunale Verwaltungshandeln.“

Matthias Gärtner

KURZ UND PRÄGNANT

Bestätigt: Betreuungsgeld hält von Bildung fern

Die Studie des Deutschen Jugendinstituts und der Universität Dortmund bestätigt die Kritik der LINKEN, dass das Thüringer Erziehungsgeld und jetzt auch das Betreuungsgeld Kinder aus ärmeren Familien von frühkindlicher Bildung fern hält. Die Familienpolitikerin Margit Jung sagte: „Jetzt ist klar: auch Eltern, die um die Bedeutung früher Bildungsangebote wissen, verzichten darauf, wenn sie das Geld für ihre Haushaltskasse brauchen. CDU und CSU nehmen billigend in Kauf, dass sich die soziale Herkunft weiterhin negativ auf die Zukunftschancen von Kindern auswirkt. In Regierungsverantwortung werden wir zumindest das Erziehungsgeld wieder abschaffen und uns um die Verbesserung der Bildungsqualität kümmern.“

Gefordert: Unterbringung von Flüchtlingen dezentral

Als „skandalösen Rückschritt“, bezeichnete MdL Sabine Berninger Pläne des Thüringer Innenministeriums, die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften verstärkt finanziell zu fördern. „Dezentrale Unterbringung, selbstbestimmte Lebensführung und Eingliederung in den Lebensalltag vor Ort ist das, was ein wirklich menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen erfordert. Viele Kommunen haben das offensichtlich besser erkannt als das Innenministerium.“ Dieses versteckte sich hinter einer bundesgesetzlichen Bestimmung und zitiert sie nur unvollständig. Der zweite Satz des Paragraph 53 im Asylverfahrensgesetz lautet, dass bei der Entscheidung der Unterbringungsart „sowohl das öffentliche Interesse als auch die Belange des Ausländers zu berücksichtigen“ sind. „Es liegt nicht im öffentlichen Interesse, Schutzsuchende zu isolieren und auf engstem Raum ohne Privatsphäre unterzubringen“, betonte Sabine Berninger. Das Innenministerium soll die Fördergelder für die Unterbringung in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften ausgeben, zumal es ganz sicher in Thüringen genügend leerstehende Wohnungen gebe, um den genannten Bedarf von 600 fehlenden Plätzen zu decken.

Die LINKE-Migrationspolitikerin forderte die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände auf, ihre Aktivitäten für einen umfassenden Wechsel zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen zu verstärken und solange nicht nachzulassen, bis auch das Ministerium verstanden hat, was eine zeitgemäße Flüchtlingspolitik in Thüringen wirklich erfordert.

Gebührender Umgang mit Angehörigen der NSU-Opfer

Zum Vorschlag des Thüringer Rechnungshofpräsidenten Sebastian Dette, die Entscheidung über die Neubesetzung eines Direktorenpostens während der NSU-Sondersitzung des Landtags am 22. August vorzunehmen, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

„Wir können einer Vermischung des NSU-Themas mit Personalien des Rechnungshofs nicht zustimmen. In dieser Sondersitzung stehen ausschließlich die Opfer des NSU-Terrors und ihre Angehörigen im Mittelpunkt sowie die notwendige Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses. Der Thüringer Landtag darf sich dabei nicht von anderen allgemeinen Alltagsthemen ablenken lassen - seien sie auch noch so wichtig. Dieser Tag ist

einfach kein Termin, um Personalfragen zu klären oder gar politische Streitigkeiten auszutragen.“ Im Vordergrund stehe die Aufarbeitung des Versagens der Thüringer Behörden und ein würdiger Umgang mit den Familienangehörigen. „Diese Landtagssitzung wird höchst emotional sein, wenn auf der Besuchertribüne viele Angehörige der Opfer anwesend sind. Will Herr Dette wirklich in dieser Situation Personalfragen entscheiden lassen, gerade wenn sie strittig sind?“, fragte Bodo Ramelow.

Der Fraktionschef der LINKEN verwies darauf, dass seine Fraktion einen zielführenden Vorschlag unterbreitet hat, sowohl die vorgeschlagene Personalfrage in Rudolstadt zu lösen als auch die innere Verfassung und Unabhängigkeit des Rechnungshofs zu stärken. Unmittelbar nach der Landtags-

wahl könne eine einvernehmliche Besetzung der Direktorenstellen vorgenommen werden. Die Auswahl erfolge nach dem Prinzip der Bestenauslese sowie der Berücksichtigung der Entscheidung des Rechnungshofs.

Gleichzeitig zu den notwendigen strukturellen Veränderungen im Rechnungshof könnten die vom Präsidenten vorgeschlagenen Einsparungen Realität werden. „Wir wollen die innere Unabhängigkeit und Selbststeuerung des Rechnungshofs stärken und damit erhalten sowie gleichzeitig den Rechnungshof als Kollegialorgan wieder stärken. Hierzu liegen unsere Vorschläge auf dem Tisch, die jenseits vom Wahlkampf zügig und einvernehmlich umgesetzt werden können“, erklärte der LINKE-Politiker. Die Sondersitzung zum Thema NSU sei jedenfalls ungeeignet dafür. ■

Antikorruption: Neue Richtlinie vorlegen

Die Landesregierung soll bei der Überarbeitung der veralteten Antikorruptionsrichtlinie „endlich Ergebnisse liefern“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky. Dabei sei es geboten, externen Sach- und Fachverständigen z.B. aus Organisationen und Verbänden in Form einer Anhörung hinzuzuziehen. Dass die Landesregierung darauf verzichten wolle, sei unter fachlichen Gesichtspunkten hochproblematisch.

Der Thüringer Innenminister Jörg Geibert hatte bei der Beratung des LINKE-Gesetzesentwurfs für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz sowie der Beantwortung einer Anfrage im März im Landtag eine Überarbeitung der Richtlinie zur Antikorruptionsarbeit angekündigt. Dies ist bisher nicht erfolgt. Nun erklärte die Landesregierung, dass die Neufassung der Richtlinie noch in dieser Wahlperiode im Staatsanzeiger erscheinen soll. „Die LINKE wird die Kontrolle dieser Aussage im Auge behalten. Wenn die Landesregierung schon kein Landesgesetz will, wie dies aber von Antikorruptionsorganisationen gefordert wird, so ist die Modernisierung der Richtlinie das Mindeste“, so Knut Korschewsky mit Blick auf Medienberichte, wonach die Zahl der Korruptionsfälle in Thüringen im Jahr 2013 weiter angestiegen sei.

„Korruption ist leider auch in Thüringen ein Thema. Im Rahmen der Justizministerkonferenz Anträge auf Einführung eines bundesweiten Korruptionsregisters zu stellen, ist die eine, sicherlich zu begrüßende Seite. Die zweite und praktische Seite ist allerdings die Umsetzung auf Landesebene. Hier hätte die Landesregierung schon lange nach Vorlage des LINKE-Gesetzesentwurfs handeln können und müssen. Dieses hat sie wieder einmal verpasst. Es kommt aber darauf an, auch in Thüringen selbst wirksam gegen Korruption vorzugehen.“ ■

Spendengelder für Schulhofgestaltung



Die (Wahlkreis-)Abgeordnete der Linksfraktion Karola Stange und die Abgeordnete Diana Skibbe, zugleich Vorsitzende des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54 e.V., mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen der Regelschule Kerspleben (bei Erfurt), die während einer Fraktionssitzung im Juli eine Spende entgegennehmen konnten, gespeist auch aus den Einnahmen des Cafés, das die LINKE am Tag der offenen Tür des Landtags betrieben hatte. Diana Skibbe sprach von einer schönen Tradition, die Gelder für soziale und gemeinnützige Projekte zur Verfügung zu stellen.

An der Schule in Kerspleben, so wurde den Abgeordneten der LINKEN erläutert, soll der Schulhof noch schöner werden und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Dafür wollen sie neben anderen Gestaltungselementen noch zwei Bänke anschaffen. Sitzgruppen, ein Freiluftbackofen für besondere Feierlichkeiten, eine Wetterstation gehören

bereits zum angenehmen Ambiente, ein weiterer Bereich soll im neuen Schuljahr als Naturzentrum gestaltet werden, auch mit Blick auf die Öko-Bildung. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Das Thema selbst

Zunächst hatte ich gezögert. Auf die Anfrage im Frühjahr, eine Fortsetzung meines Buches „Die Akte Ramelow“ von 2007 zu schreiben, bat ich um Bedenkzeit. Aus zwei Gründen. Einer davon ein ganz praktischer. Zeit. Die zusätzliche Arbeit durch die Begleitung eines Untersuchungsausschusses. Der andere Grund: das Thema selbst.

Es geht, daran sei erinnert, um die Bespitzelung eines Abgeordneten durch deutsche Geheimdienste. Kein Roman, keine Fiktion, keine lange zurückliegende Geschichte. Realität. Als „Die Akte Ramelow“ im November 2007 im Bundestag präsentiert wurde, nahm mich kurz vor Beginn der Veranstaltung der damalige Linkspartei-Vorsitzende Lothar Bisky zur Seite. „Da habt ihr ja allerhand herausbekommen“, sagte er. Dann nach kurzer Pause: „Manchmal denke ich, man lebt einfacher, wenn man darüber gar nicht so viel weiß...“ Und er lachte leise, auf die Art, wie er das so gut konnte; mehr Worte waren nicht nötig.

Natürlich ist seitdem viel passiert. Bodo Ramelow musste durch einen langen juristischen Instanzenweg (die „Akte“ endet vor dem ersten Urteil), Hoch und Tief, Himmel und Hölle. Der Blick auf Geheimdienste ist ein anderer, nach NSU und NSA. Am Ende habe ich zugesagt. Wieder aus zwei Gründen. Das engagierte Team des Weimarer Eckhaus-Verlages, die das Buch unbedingt machen wollen, ist der eine. Der andere ist - das Thema selbst. Denn dazu gehört die Erkenntnis, dass man sich wehren kann, gegen die vermeintliche Allmacht der Dienste, zu deren Geschäftsgrundlage es immer gehört, Angst zu verbreiten. Diesen Kampf aufzunehmen, wie es Bodo Ramelow über Jahre getan hat, ist aller Ehren wert. Ich wollte diese Geschichte zu Ende erzählen. Ende August wird das Buch erscheinen (Vorwort: Gregor Gysi): „Ein gewisser Herr Ramelow.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.